

# QUARTALSBERICHT

**Projektländer: Ghana, Benin, Burkina Faso, Togo,  
Niger, Mali**

**Quartal/Jahr: I/2012**

## **GHANA**

- 1. Staatspräsident John Atta Mills zieht positive Bilanz**
- 2. Besuch von Staatspräsident Mills in den USA**
- 3. Verhandlungen mit dem IWF**
- 4. Neuerstellung des Wählerverzeichnisses auf biometrischer Grundlage**
- 5. Positive Bilanz der Erdölförderung/Bedrohung durch zunehmende Piraterie im Golf von Guinea**
- 6. Darlehen der Volksrepublik China**
- 7. Zweites Wirtschaftsforum China – ECOWAS-Länder in Accra**

Mitte Februar zog Staatspräsident John Atta Mills, in seiner Rede zur Lage der Nation vor dem Parlament, eine positive Bilanz seiner bisherigen Regierungszeit, indem er u.a. erklärte, das Land sei stabil, viele Fortschritte hätten gemacht werden können. Die wirtschaftliche Entwicklung sei, bei einem Wachstum von 14 %, einem Budgetdefizit von nur 2 % (Ende September 2011) gegenüber 14,5 % im Jahr 2008 sowie einer seit geraumer Zeit stabil gehaltenen Inflationsrate von unter 10 % (dem niedrigsten Prozentsatz seit über 40 Jahren) vielversprechend.

Mills traf, auf Einladung seines amerikanischen Amtskollegen, Anfang März in Washington mit Barack Obama zusammen, mit dem er u.a. die guten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern erörterte. Beide Staatschefs äußerten den Wunsch, die bestehende positive Partnerschaft weiter zu vertiefen. Mills führte ebenfalls Gespräche mit der IWF-Vorsitzenden, Christine Lagarde, die sich sehr zufrieden über die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den vergangenen drei Jahren zeigte. Der im Jahr 2009 über insgesamt 613 Mio. US-Dollar geschlossene Vertrag zwischen Ghana und dem IWF wird im Juni dieses Jahres auslaufen. Wie Finanzminister Kwabena Duffuor dazu mitteilte, sollen Verhandlungen für den Abschluss eines Anschlussvertrags bereits in Gange sein.

In Vorbereitung der im Dezember dieses Jahres vorgesehenen allgemeinen Wahlen (Präsidenten- und Parlamentswahlen) wird vom 24. März bis 5. Mai ein Wählerverzeichnis auf biometrischer Grundlage erstellt. Die entsprechenden Wählerausweise werden an die auf rund 13 Mio. geschätzten Wahlberechtigten ausgegeben. Damit soll, wie der Vorsitzende der Wahlkommission mitteilte, eine Wahl per Prokura nicht mehr möglich sein. Den Mehrfacheintragungen in das Wählerverzeichnis würde damit ein Ende bereitet werden. Die Gesamtkosten der Wahlen werden auf 244 Mio. Ghanaianische Cedis (rund 133 Mio. US-Dollar) geschätzt. In diesem Zusammenhang gewährte die Europäische Union dem Land ein Darlehen von sieben Mio. Euro (Vorbereitung und Durchführung der Wahlen), das insbesondere den drei staatlichen Institutionen Wahlkommission, Nationale Kommission für staatsbürgerliche Bildung sowie Nationale Medienkommission zugutekommen soll.

Seit Beginn der Erdölförderung im Dezember 2010 im „Jubilee-Feld“ (70 km vor der ghanaischen Küste) wurden insgesamt 23,5 Mio. Barrel Erdöl exportiert. Es ist geplant, die derzeitige Tagesproduktion von durchschnittlich 83.000 Barrel auf 100.000 Barrel zu erhöhen. Wie Vize-Finanzminister, Fifi Kwetey, dazu erklärte, soll die gesamte Erdölförderung des Landes in den kommenden fünf Jahren auf bis zu 500.000 Barrel pro Tag erhöht werden, 2013 sollen bereits 250.000 Barrel täglich erreicht werden. Wie der VN-Sicherheitsrat Ende Februar erklärte, blockiere die zunehmende Piraterie im Golf von Guinea die wirtschaftliche Entwicklung der Anrainerländer, insbesondere in Bezug auf deren Erdölproduktion, die in den kommenden zehn Jahren verdoppelt werden soll (derzeit insgesamt vier Mio. Barrel pro Tag). Vor der ghanaischen Küste wurden im vergangenen Jahr bereits zwei Attacken gemeldet.

Ende Februar stimmte das Parlament der Zahlung einer ersten Tranche in Höhe von 850 Mio. US-Dollar des für die Entwicklung der Infrastrukturen bestimmten Darlehens der Volksrepublik China (Gesamtsumme drei Mrd. US-Dollar) zu, wovon 500 Mio. US-Dollar für die Rehabilitation der Eisenbahnlinie Takoradi / Kumasi verwendet werden sollen.

Im März fand zum zweiten Mal das Wirtschaftsforum China – ECOWAS-Länder in Accra mit dem Ziel statt, die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu verstärken aber auch mehr chinesische Investoren anzuziehen. Über 1.000 Teilnehmer aus Westafrika wurden erwartet.

## **BENIN**

- 1. Staatspräsident Thomas Boni Yayi zum AU-Vorsitzenden gewählt / informelles Gipfeltreffen in Cotonou**
- 2. Sitzung des Ad-hoc Komitees der Staats- und Regierungschefs in Cotonou**
- 3. Negative Auswirkungen der zunehmenden Piraterie vor der beninischen Küste**

#### 4. Streik der Lehrer der staatlichen Grund- und Oberschulen

Im Januar wurde der beninische Staatspräsident Thomas Boni Yayi zum Vorsitzenden der Afrikanischen Union für das Jahr 2012 gewählt. In dieser Eigenschaft berief er am 18. Februar ein informelles Gipfeltreffen in Cotonou ein, an dem 14 Staatschefs teilnahmen, um u.a. die sich verschärfende unsichere Lage in der Region, insbesondere der Sahelzone (Tuareg-Aufstände in Mali), die Zunahme von Bedrohungen durch terroristische Gruppen (Al-Qaida), verstärkt durch die Verbreitung von Kriegswaffen nach dem Zusammenbruch des libyschen Staates, zu erörtern. Die bei dem Treffen erzielten Schlussfolgerungen sollen Ende Juli auch beim nächsten AU-Gipfel in Malawi zur Diskussion gestellt werden.

Am 17. März fand, ebenfalls in Cotonou, eine Sitzung des Ad-hoc Komitees der Staats- und Regierungschefs zur Vorbereitung der Wahl des AU-Kommissionsvorstandes, die im Januar gescheitert war, statt. Neben Benin waren die Côte d'Ivoire, Tschad, Südafrika, Gabun, Algerien, Angola und Äthiopien vertreten. Das Treffen fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, der Wahlprozess soll sich allerdings, wie ein gemeinsames Schlusskommunique verlauten ließ, nun auf dem richtigen Weg befinden.

Von der stark zunehmenden Piraterie im Golf von Guinea (über 60 Angriffe im vergangenen Jahr) soll das Land Benin (über 20 Attacken) mit am stärksten betroffen sein. Zwar gab es bisher keine Geiselnahmen, dafür sehen sich die eingesetzten Sicherheitskräfte zunehmender Gewalt seitens der mit schwerem Kriegsgerät bewaffneten Piraten ausgesetzt. Nach offiziellen Angaben sei der Warenverkehr über den Hafen von Cotonou um bis zu 70 % zurückgegangen, die Versicherungsprämien hätten schwindelnde Höhen erreicht.

Die Lehrer der staatlichen Grund- und Oberschulen, die, wie die übrigen Staatsbeamten auch, eine Gehaltserhöhung einfordern, begannen im Januar zu streiken. Anfang März, nachdem die Regierung nur sehr wenig Reaktionen und Gesprächsbereitschaft gezeigt hatte, kam es auch zu Kundgebungen von Schülern in mehreren Orten im Landesinnern, die die Regierung zum Handeln aufforderten, um ein ungültiges Schuljahr zu vermeiden. Mitte März, nach Gesprächen mit Kommunalvertretern, Eltern- und Schülervertretern sowie dem Generalstabschef der Armee, stellte Staatspräsident Boni Yayi den streikenden Lehrern ein Ultimatum, forderte sie zur Präsenz am Arbeitsplatz auf und drohte andernfalls mit Entlassung aus dem Beamtenstatus. Nachdem der Streik damit nicht beendet war - die Lehrer erschienen zwar zur Arbeit, hielten aber keinen Unterricht - beschloss der Hohe Rat der Gewerkschaften des Erziehungssektors Ende März die Suspendierung des Streiks, um ein drohendes ungültiges Schuljahr zu vermeiden. Die Lehrer wurden aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die beiden Erziehungsminister (Grundschulen, Höheres Schulwesen) wurden gebeten, das Schuljahr zusammen mit den Gewerkschaften neu zu planen. Die Regierung wurde aufgefordert, ihre Drohungen zurückzunehmen und die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

## BURKINA FASO

1. **Internationale Konferenz zur Finanzierung der Entwicklungsstrategie 2011-15.**
2. **Wechsel des Vorsitzenden der Regierungspartei CDP**
3. **Flüchtlinge in Burkina Faso nach Tuareg-Aufständen in Nordmali**
4. **Neuerstellung des Wählerverzeichnisses**

Anfang Februar fand am Weltbanksitz in Paris eine dreitägige internationale Konferenz statt, an der sowohl Geberländer und -organisationen als auch Vertreter des Privatsektors (französische und europäische Unternehmer) teilnahmen. Es ging um Finanzierungsmöglichkeiten der Entwicklungsstrategie (Scadd) 2011-15 des Landes, für deren Umsetzung rund 7.000 Mrd. F CFA (11,4 Mrd. Euro) benötigt werden. Von der Gesamtsumme sollen 63,3 % (7,4 Mrd. Euro) durch Eigenmittel, 36,7 % durch Drittmittel (das Programm Scadd 2000-10 war noch zu 80 % von außen finanziert worden) gesichert werden. Insgesamt wurden rund 4 Mrd. Euro zugesagt, wobei die Europäische Union mit 650 Mio. Euro, die Weltbank und die USA mit je 611 Mio. Euro vertreten sind. Prioritäre Sektoren mit hohem Entwicklungspotential wie die Agro-Industrie und der Bergbau stehen dabei im Vordergrund. Anvisiert wird ein Wirtschaftswachstum von 10 % pro Jahr (2010 - 7,9 %), im laufenden Jahr (2012) werden 7 % bis 8 % erwartet.

Nachdem bereits im Januar Parlamentspräsident Roch Marc Christian Kaboré, langjähriger Vorsitzender der Regierungspartei CDP, angekündigt hatte, dass er nicht mehr für den Parteivorsitz kandidieren wolle um einen Wechsel zu ermöglichen, ernannte Staatschef Blaise Compaoré Anfang März, anlässlich des fünften Parteikongresses, seinen bisherigen Kabinettschef, Assimi Kouanda, zum neuen CDP-Vorsitzenden.

Infolge der Tuareg-Aufstände in Nordmali sollen im Februar mehr als 10.000 Flüchtlinge in Burkina Faso Zuflucht gesucht haben. In den betroffenen Gebieten, die zu den ärmsten des Landes zählen, verschärfte sich die Lage, da dort, aufgrund ausgebliebenen Regens, bereits eine hohe Nahrungsmittelknappheit herrscht. Im März wurde Staatschef Blaise Compaoré, der seine Verfügbarkeit bereits kundgetan hatte, seitens AU und ECOWAS als offizieller Vermittler in der malischen Krise bestimmt.

Für die im November vorgesehenen Gemeindewahlen wird ein Wählerverzeichnis auf biometrischer Grundlage erstellt. Die auf rund 6,5 Mio. geschätzten Wahlberechtigten werden entsprechende Wahlausweise erhalten.

## TOGO

1. **Appell von Staatspräsident Faure Gnassingbé für eine stärkere Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft gegen das organisierte Verbrechen in Westafrika**
2. **Parteineugründung verschoben**
3. **Besuch der amerikanischen Außenministerin Hillary Clinton in Togo**
4. **Veröffentlichung des Berichts der ‚Nationalen Kommission für Menschenrechte‘ über Folterpraktiken beim Staatssicherheitsdienst**
5. **Endgültige Ergebnisse der Volkszählung von 2010 veröffentlicht**

Anlässlich einer Debatte im VN Sicherheitsrat (Togo hatte im Monat Februar den Vorsitz) appellierte der togoische Staatspräsident Faure Gnassingbé am 21. Februar an die internationale Gemeinschaft, sich stärker gegen das organisierte Verbrechen in Westafrika und insbesondere in der Sahelzone einzusetzen. Da sich die Region in einer schweren Sicherheitskrise befinde, deren Entwicklung durch Drogen- und Waffenhandel sowie zunehmende Piraterie stark behindert werde, schlug er die Gründung einer internationalen Kontaktgruppe vor und plädierte für ein gemeinsames strategisches Vorgehen.

Bereits seit geraumer Zeit hatte Staatspräsident Faure Gnassingbé angekündigt, die von seinem Vater, Gnassingbé Eyadema, 1969 gegründete Partei ‚RPT‘, auflösen und eine neue, eigene Partei gründen zu wollen, stieß dabei allerdings auf den Widerstand alter Parteigenossen.

Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton besuchte am 17. Januar bei ihrer Rundreise durch mehrere afrikanische Länder auch Togo, wo sie u.a. ein einstündiges Gespräch mit dem togoischen Staatschef Faure Gnassingbé führte. Dabei ging es sowohl um allgemeine Themen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Vorsitz des Landes Togo im VN-Sicherheitsrat im Februar, aber auch um Fragen regionalen Interesses wie der Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und der zunehmenden Piraterie im Golf von Guinea gegangen sein.

Am 18. Februar veröffentlichte die togoische Regierung einen von ihr in Auftrag gegebenen Bericht der ‚Nationalen Kommission für Menschenrechte‘ (CNDH) über Folter und Demütigungen seitens des Staatssicherheitsdienstes im Rahmen der Ermittlungen zum Putschversuch im April 2009. Da die ‚CNDH‘ den von der Regierung veröffentlichten Bericht nicht als den ihren wiedererkannte, stellte sie daraufhin am folgenden Tag den von ihr als authentisch bezeichneten Bericht ins Internet. Dieser Bericht, in dem von „Akten physischer und moralischer Gewalt mit unmenschlichem und herabwürdigenden Charakter“ die Rede ist, enthält u.a. die Empfehlung, den Sicherheitsdienst zu überprüfen sowie dessen Machteinfluss einzuschränken. Der CNDH-Vorsitzende, Koffi Kounté, flüchtete mit seiner Familie nach Frankreich, da er sich nach Veröffentlichung des ‚echten‘ Berichts bedroht fühlte.

Nachdem die Regierung zunächst ihr Erstaunen über diese Version des Berichts geäußert hatte, entschied der Ministerrat Ende Februar über die Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen, u.a. die Restrukturierung des Staatssicherheitsdienstes sowie Disziplinarmaßnahmen gegenüber den beschuldigten Personen. Schutzmaßnahmen für den Kommissionsvorsitzenden und seine Familie wurden, für den Fall einer eventuellen Rückkehr, zugesichert. Über eine Verstärkung sowohl im finanziellen als auch institutionellen Bereich, soll die Menschenrechtskommission eine größere Unabhängigkeit erhalten, um eigenmächtig Untersuchungen durchführen zu können.

Die endgültigen Ergebnisse der im November 2010 durchgeführten Volkszählung wurden zu Jahresbeginn bekannt gegeben: Danach zählt das Land 6.191.155 Einwohner, wovon 51,4 % weiblich und 48,6 % männlich sind. In 29 Jahren soll sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt (2.719.567 im November 1981) haben, über 60 % der Bevölkerung sollen unter 25 Jahre, 4 % über 65 Jahre alt sein. 54 % der Bevölkerung seien im Berufsleben aktiv.

## **NIGER**

- 1. Positive Entwicklung im Pressefreiheitsindex 2011**
- 2. Eigene Raffineriekapazitäten seit Januar 2012/Abkommen zur Nutzung der Ölleitungen des Tschad**
- 3. Aufdeckung eines Betrugsnetzwerkes von Zollbeamten**
- 4. Abhaltung eines Friedens- und Entwicklungsforums**
- 5. Spannung mit Libyen nach Aussage von Saadi Gaddafi**
- 6. Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Nahrungsmittelkrise**
- 7. Projekt zur Förderung von Bewässerungsinfrastruktur und Regenwassersammlung**
- 8. Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und UNDP**
- 9. Förderabkommen mit der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA)**
- 10. Teilnahme des Präsidenten am frankophonen Vorbereitungsforum für RIO + 20 und am Weltwasserforum**
- 11. Teilnahme des Präsidenten an ECOWAS-Dringlichkeitstreffen zum Putsch in Mali**

In dem Ende Januar von der NRO Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Pressefreiheitsindex 2011 (Journalistes sans Frontières) machte der Niger mit einem Sprung von Platz 104 (2010) auf Platz 29 (2011) mit Abstand den größten Fortschritt unter den insgesamt 179 Ländern. Damit liegt das Land vor Frankreich (38) und den Vereinigten Staaten (47) und belegt auf dem afrikanischen Kontinent Platz vier.

Ölfunde in der Agadem-Region ermöglichten es dem Niger, sich Anfang Dezember 2011 dem Club der regionalen Ölproduzenten anzuschließen. Seit dem 1. Januar dieses Jahres wird das in Agadem erschlossene und in Zinder, im Süden des Landes, raffinierte Erdöl für 579 F CFA (0,88 Euro) auf dem eigenen Markt verkauft und ist damit für den Verbraucher um 100 F CFA (0,15 Euro) billiger als die Importvariante aus Nigeria. Zudem unterzeichnete das Land mit seinem Nachbarland Tschad Ende März ein Abkommen, das fortan den Transport des nigrischen Öls über die Ölleitung des Tschad bis zum kamerunischen Hafen von Kribi ermöglicht.

Als Folge eines Ermittlungsberichtes der Obersten Behörde zur Bekämpfung der Korruption (HALCIA), konnte ein grenzübergreifendes Betrugsnetzwerk zwischen Niger und Burkina Faso aufgedeckt werden. Demnach wurden Anfang März mehrere Zollbeamte, Importeure und Gewerbetreibende von der Kriminalpolizei in Niamey festgenommen. Unter ihnen wurden insgesamt 14 wegen Schmuggels, Fälschung, krimineller Verschwörung und Korruption im Zivilgefängnis inhaftiert und fünf weitere Ende März vorläufig freigelassen. Die Nationalgewerkschaft der nigrischen Zollbeamten (SNAD) drohte unmittelbar nach den Festnahmen mit einem landesweiten Streik, während Zollbeamte mehrere Tage lang vor dem Gebäude der Kriminalpolizei demonstrierten. Das seit über sieben Jahre aktive Netzwerk ist für den Verlust von geschätzten 6 Milliarden F CFA (9,15 Mio. Euro) verantwortlich.

Unter dem Vorsitz des Premierministers Brigi Rafini fand am 24. Januar in Arlit, im Norden Nigers, ein Friedens- und Entwicklungsforum statt, das Vertreter der malischen und nigrischen Tuareg-Gemeinschaften sowie Repräsentanten aus Burkina Faso und Algerien zusammenführte. Ehemalige Schlüsselfiguren der zwei Tuareg-Rebellionen im Niger (1991-95 und 2007-09), die heute mit der nigrischen Regierung für die Friedenskonsolidierung zusammenarbeiten, zeigten sich zuversichtlich, dass derzeit kaum Gefahr besteht, dass die malische Tuareg-Rebellion sich in Richtung des Niger ausweitet.

Der seit August 2011 im nigrischen Asyl befindliche Saadi Gaddafi, Sohn des ehemaligen libyschen Führers, drohte Anfang Februar in einem Interview mit dem Fernsehsender Al-Arabiya mit seiner Rückkehr nach Libyen. Insbesondere die Erwähnung von einem unmittelbar bevorstehenden Aufstand in seinem Heimatland veranlasste den libyschen Übergangsrat dazu, erneut dessen Auslieferung zu fordern. Bisher setzte sich der nigrische Staat diesen Forderungen aus humanitären Gründen entgegen. Saadi Gaddafi steht seitdem unter Hausarrest.

Angesichts einer drohenden Lebensmittelkrise in der Sahelregion organisiert die Regierung seit Ende Januar den Getreideverkauf zu reduzierten Preisen in der Ortschaft Ouallam (Tillabéri-Region). Mangelnder Regenfall 2011 ließ die Getreideernte um 25 % sinken und führte zu einem starken Anstieg der Lebensmittelpreise, teilweise um bis zu 50 %. Laut Uno-Angaben litten im Februar bereits mehr als fünf Millionen Menschen in den Dürregebieten Nigers an akuter Unterernährung. Der Konkurrenzanstieg um Broterwerb im Norden des Landes durch

die Rückkehr nigrischer Staatsbürger, die sich zuvor in Libyen niedergelassen hatten, und der weitere Zufluss von Flüchtlingen aus Mali verschärft die ohnehin prekäre Lebensmittellage Nigers. Während die Vereinten Nationen die internationale Gemeinschaft um knapp 230 Millionen US-Dollar gebeten haben, sind nach dem letzten Stand im Februar bislang tatsächlich nur 7 % im Niger eingetroffen.

Um die Abhängigkeit des Landes von klimatischen Bedingungen zu verringern, rief die nigrische Regierung ein 5-Jahre Projekt zur Förderung der Bewässerungsinfrastruktur und Regenwassersammlung ins Leben. 1,5 Milliarden Euro stehen für das 3N-Vorhaben – „les Nigériens nourrissent les Nigériens“ (die Nigrer ernähren die Nigrer) – zur Verfügung.

Der Internationale Währungsfonds gewährte dem Land Mitte März ein Darlehen von 92,2 Mio. Euro für den Zeitraum 2012-14, in dessen Rahmen zur Gewährleistung der makroökonomischen Stabilität Nigers ein wirtschaftliches Reformprogramm vorhergesehen ist. Gefördert werden u.a. die Bereiche der öffentlichen Finanzen, Schuldenverwaltung und die Minen- und Ölsektoren. Des Weiteren stimmte das UNDP Ende März der Bereitstellung von rund 22,9 Mio. Euro für Vorhaben in den Bereichen Gesundheit, Entwicklung und Unternehmertum für die nächsten zwei Jahre zu.

Mitte Februar unterzeichneten die nigrische Regierung und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) ein Finanzierungsabkommen zur Einrichtung von 1.000 ha für Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, als Teil eines UEMOA- Programms zur Anpassung der Landwirtschafts- und Wassersektoren an den Klimawandel.

In Vorbereitung auf die UNO-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (RIO + 20) im Juni 2012 nahm Präsident Issoufou im Februar an einem Vorbereitungsforum der frankophonen Länder in Lyon teil, das von der Internationalen Organisation der Frankophonie organisiert wurde. Anlässlich des Weltwasserforums in Marseille, begab sich Präsident Issoufou vom 11. bis zum 17. März ein weiteres Mal nach Frankreich. Im Rahmen seiner Reise stattete er dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten François Hollande einen Höflichkeitsbesuch ab, mit dem er sich über die franko-nigrische Partnerschaft, gemeinsame Entwicklungsprojekte und die Sicherheit in der Subregion, u.a. über die im September 2010 in Arlit verschleppten französischen Geiseln, austauschte.

Ende März nahm Präsident Issoufou als Mitglied der Delegation der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) für Friedensverhandlungen mit der malischen Militärjunta an dem Dringlichkeitstreffen in Abidjan teil. Nachdem Proteste der Pro-Putschisten am Flughafen einen vorhergesehenen Besuch der ECOWAS-Delegation verhinderten, gab Letztere ein Ultimatum bis Ende März heraus, das den Rücktritt der Militärjunta und die Wiederherstellung der verfassungsgemäßen Ordnung fordert.



## MALI

1. **Tuareg-Rebellion der MNLA im Norden Malis**
2. **Aufbruch der bewaffneten Salafisten-Bewegung Ansar Dine im Norden Malis**
3. **Militärputsch gegen Präsident Touré**
4. **Verhandlungsinitiative der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) mit der Militärjunta**
5. **Eroberung nördlicher Gebiete durch Tuareg-Rebellen**

Mitte Januar dieses Jahres begann die Nationale Bewegung für die Befreiung von Azawad (MNLA) mit der größten Tuareg-Offensive seit der Rebellion von 2009. Die für die Unabhängigkeit des Nordens kämpfende Rebellengruppe wurde im Juli 2011 von Mohamed Ag Najem, einem Ex-Oberst der libyschen Armee, gegründet und besteht aus ehemaligen Tuareg-Kämpfern, die bis zu ihrer Rückkehr nach Mali im Dienste des gestürzten libyschen Führers Gaddafi standen.

Am 17. und 18. Januar begann die MNLA erstmals mit bewaffneten Angriffen auf malische Militärlager in Menaka (nahe der Grenze zu Niger), Aguelhok und Tessalit (nahe der Grenze zu Algerien) sowie Léré und Naifunké (nahe der Grenze zu Mauretanien). Seither erschüttern regelmäßige Gefechte zwischen den Tuareg-Rebellen und Regierungstruppen den Norden des Landes. Aufgrund von widersprüchlichen Angaben beider Seiten liegen zuverlässige Informationen über Opfer bisher nicht vor.

Nach einem erneuten Angriff der MNLA-Rebellen auf Aguelhok am 24. Januar, berichteten französische Medien Anfang Februar über eine „Massenhinrichtung“ von ca. 80 malischen Soldaten. Zeugenaussagen zufolge wurden an den Händen gefesselte Soldatenleichen mit Kopfschüssen oder durchgetrennten Kehlen aufgefunden. Die malischen Behörden bestätigten die Berichterstattung, sprachen allerdings „nur“ von 60 Toten.

Angesichts der darauffolgenden Anti-Tuareg-Protteste in der Umgebung der Hauptstadt und auf Forderung der Angehörigen der ermordeten Soldaten, rief Präsident Amadou Toumani Touré eine Ermittlungskommission zur Aufklärung der Todesumstände ins Leben. Die Kommission reichte Ende Februar ihren Abschlussbericht ein, demzufolge Beweise vorliegen, die die Entwaffnung und Hinrichtung von über 100 malischen Soldaten belegen. Ebenso wird erwähnt, dass die ermittelten Fakten auf eine Beteiligung der Terrorgruppe Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) hindeuten. Diese Behauptung wurde jedoch von der MNLA dementiert.

Seit Beginn der Unruhen im Norden beharrte die Regierung von Präsident Touré auf einer Politik der friedlichen Konfliktbeilegung, Dialog vor Konfrontation, und traf damit weder auf Zustimmung der Mehrheit der malischen Bevölkerung, noch konnte er damit die Erwartungen der ebenfalls von dem Konflikt betroffenen Nachbarn Algerien,

Mauretanien und Burkina Faso erfüllen. In diesem Zusammenhang begab sich der malische Außenminister Soumeylou Boubéye Maiga Anfang Februar in die algerische Hauptstadt für mögliche Verhandlungen mit Delegierten der Alliance du 23 mai, einer für die Aufstände im Mai 2006 verantwortlichen Tuareg-Rebellenbewegung, deren Mitglieder an der Seite der MNLA kämpfen.

Eine Zusammenkunft von über 20 politischen Parteien legte Mitte Februar im Auftrag des Präsidenten einen Aktionsplan vor, der zur sofortigen Einstellung der Gewalt durch einen umfangreichen Dialogprozess und Einbindung aller Bevölkerungskreise aufrief. Hauptziel der vorgeschlagenen Schritte sei die Gewährleistung der planmäßigen Durchführung der für den 29. April vorhergesehenen Präsidentschaftswahlen. Präsident Touré unterstrich Ende Februar in einem Interview mit dem französischen Radiosender RFI seine Entschlossenheit, sein Amt nach den geplanten Wahlen verfassungsgemäß niederzulegen.

Anlässlich eines Besuches in der malischen Hauptstadt Bamako Ende Februar, betonte der französische Außenminister Alain Juppé die Wichtigkeit der planmäßigen Abhaltung der Präsidentschaftswahlen. Anfang des Monats hatte der französische Kooperationsminister Henri de Raincourt bei einem Besuch in Mali die Stellung Frankreichs für die Bewahrung der territorialen Integrität Malis betont.

Algerien und Burkina Faso rückten im Laufe des Monats zunehmend als potentielle Vermittler des Konfliktes zwischen Tuareg-Rebellen und der malischen Regierung in den Fokus. Anlass zu Hoffnung verlieh ebenfalls die Erklärung der MNLA in einem Interview mit der panafrikanischen Wochenzeitschrift Jeune Afrique, dass sie offen zu einem Dialog sei „mit Ländern, die die Region [die Azawad-Region, d.h. der Norden Malis] und ihre Probleme kennen“. Gleichwohl haben bis in den März hinein keine offiziellen Vermittlungen stattgefunden.

Mitte März eroberten die MNLA-Rebellen nach wiederholten Gefechten endgültig die Stadt Tessalit, einen strategisch wichtigen Punkt nahe der Grenze zu Algerien. 800 Soldaten der Regierungstruppe zogen sich aus dem Militärlager Amachach, 7 km südlich von Tessalit, zurück. Nach den letzten Angaben des Uno-Büros für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) vom 8. März, sind seit Beginn der Kämpfe im Norden Malis, mehr als 172.000 Menschen in andere Regionen Malis oder in die umliegenden Länder Algerien, Mauretanien, Burkina Faso und Niger geflohen.

Eine neue bewaffnete Salafisten-Bewegung namens Ansar Dine (Verteidiger des Islams) machte Mitte März mit einem Video, das Szenen ihrer Beteiligung an der Aguelhok-Offensive Ende Januar beinhaltet, auf sich aufmerksam. Ihr Führer Iyad Ag Ghali, eine Schlüsselfigur der Tuareg-Rebellionen von 1991 und 2006, rief am 18. März die Anhänger zu einem bewaffneten Kampf für die Verkündung der Sharia und die Errichtung einer islamisch fundierten malischen Republik auf. Dies führte zu einem

Ende der Zusammenarbeit mit der MNLA, die ihre Distanzierung von der islamistischen Prägung Ansar Dines bekannt gab.

Im Rahmen eines Treffens des Friedens- und Sicherheitsrates der Afrikanischen Union über die Stabilität im Norden Malis, trafen Außenminister von 15 Mitgliedsstaaten am 20. März in Bamako ein. Am darauffolgenden Tag jedoch stürmten meuternde Soldaten der malischen Armee den Präsidentenpalast und stürzten die Regierung von Präsident Touré. Als Grund für den Umsturz nannte das neugegründete „Nationalkomitee für die Wiederherstellung der Demokratie und des Staates“ (CNRDRE) die Unfähigkeit des Regimes „den Terrorismus im Norden zu bekämpfen“. Die Mitglieder der von Hauptmann Amadou Sanogo angeführten Junta gehören der Kaserne Kita an, die sich unweit von Bamako befindet. Unzufrieden mit der Handhabung des Konfliktes, hatten Truppenteile der Kaserne zuvor mehr Mittel für den Kampf gegen die Tuareg-Rebellen und AQIM gefordert.

Am Morgen des 22. März gab das Komitee im nationalen Rundfunk die Auflösung aller Institutionen, die Aufhebung der Verfassung und eine landesweite Ausgangssperre bekannt. Unabhängigen Quellen zufolge konnte Präsident Touré an einen sicheren Ort fliehen, der bis zum Ende der Berichtsperiode unbekannt bleibt. In einem erneuten Interview mit RFI knapp eine Woche nach dem Umsturz, versicherte der Präsident seinen Verbleib auf malischem Territorium. Bei dem Staatsstreich nahm die Junta mindestens zehn Minister und Regierungsmitglieder fest, unter denen sich der Außenminister Maiga und Kandidaten der Präsidentschaftswahlen befinden.

Der Putsch stieß unmittelbar auf harte Kritik innerhalb sowie außerhalb von Mali. Die Mitgliedschaft des Landes in der AU und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) wurde bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und dem Rücktritt der Militärjunta ausgesetzt. Internationale und bilaterale Geldgeber wie die EU, die Weltbank, Frankreich und die USA stellten ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Mali bis auf Weiteres ein. Ebenso sah sich das Komitee angesichts der Verurteilung durch die Mehrheit der politischen Klasse isoliert. Allein die Partei Sadi sprach ihre Unterstützung für die Putschisten aus.

Dennoch gab die Militärjunta am 27. März das Inkrafttreten einer vorläufigen Verfassung bekannt, demzufolge das CNRDRE bis zu den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als oberstes Organ des Übergangsregimes fungiert und sein Anführer Amadou Sanogo die Funktion des Staatsoberhauptes übernimmt. Genaue Daten für die Wahlen wurden nicht genannt. Jedoch ist vorgesehen, dass die Mitglieder des Komitees bei den künftigen Wahlen nicht kandidieren dürfen. Des Weiteren wurden die zuvor verhängten Ausgangs- und Grenzsperrungen für aufgehoben erklärt.

Am selben Tag hielt die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in der ivoirischen Hauptstadt Abidjan ein Dringlichkeitstreffen über die Lage nach dem Putsch in Mali ab. Eine 6-köpfige Delegation, angeführt von dem ivoirischen Präsidenten und amtierenden Vorsitzenden der ECOWAS, Alassane Ouattara, übermittelte die ECOWAS-Forderungen und begann mit Verhandlungen mit den Putschisten. Das Vorhaben, sich

am 29. März nach Bamako zu begeben, um den Rücktritt des Komitees und die Machtübergabe an die Regierung des Präsidenten Tourés zu fordern, scheiterten jedoch an Protesten der mittlerweile in ihrer Anzahl gewachsenen Anhänger der Junta und verhinderten so die Landung der Delegation. Am Tag zuvor hatten die Putschisten unterstützende Parteien, Gewerkschaften und Verbände zu einem Aufmarsch aufgerufen, bei dem mehrere Tausend Menschen mit nationalistischen Parolen gegen ECOWAS, Frankreich und die internationale Gemeinschaft auf den Straßen der Hauptstadt protestierten.

Nach ihrer Rückkehr nach Abidjan einigte sich die ECOWAS-Delegation auf ein Ultimatum und mögliche Sanktionen gegen die Militärjunta. Sollte diese bis Ende der Woche (1. April) nicht zurückgetreten sein, würden Reiseverbote in die ECOWAS-Länder, die Grenzschießung umliegender Staaten und das Einfrieren der malischen Guthaben bei der Westafrikanischen Zentralbank BCEAO in Erwägung gezogen. Unter dem Druck erklärte Hauptmann Sanogo die Wiedereinsetzung der Verfassung ab dem 1. April und versprach, dass staatliche Einrichtungen noch vor den Wahlen ihre Arbeit wieder aufnehmen würden. Die ECOWAS hatte sich bis zum Ende der Berichtsperiode über ihr weiteres Vorgehen nicht geäußert.

Währenddessen nutzte die MNLA die Unruhen in der Hauptstadt, um weitere Städte des Nordens zu erobern. Nachdem sie Ende der letzten Märzwoche die Städte Kidal und Gao erobert hatte, belagerte sie zuletzt auch Timbuktu, die letzte Stadt im Norden, die unter der Kontrolle der Regierungstruppen steht. Nach eigenen Angaben beherrscht die Tuareg-Rebellenbewegung zum Zeitpunkt des 1. Aprils den gesamten Norden, den sie als Azawad bezeichnet.

## Ralf Wittek

Der Autor ist Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.

Bericht erstellt unter Mitarbeit von **Sun-Min KIM**, Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Lomé/Togo und von **Brigitte Mäntele-Enweani**, freie Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Cotonou/Benin.

### IMPRESSUM

Erstellt: 10.03.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [ijz@hss.de](mailto:ijz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)